

Haushaltsrede 2011 CDU-Fraktion (Es gilt das gesprochene Wort)
--

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren!

Einen herzlichen Gruß den Gästen und Vertretern der Presse!

Meine Damen und Herren,

im vergangenen Jahr habe ich hier an dieser Stelle die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die konjunkturelle Erholung sich hoffentlich schnell verfestigen und zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen möge.

In der Heinsberg-Zeitung vom Freitag, dem 18. Februar können wir lesen, dass durch den konjunkturellen Aufschwung zum *Ende des Jahres 2010 so viele Menschen berufstätig waren wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im vierten Quartal auf 40.04 Millionen.* (HZ S. 21, Kurz Notiert)

Die Arbeitslosenzahlen sinken und die Steuereinnahmen sprudeln, aber bei den Kommunen spüren wir zurzeit von all dem noch nicht sehr viel, vielleicht am ehesten im Bereich des Sozialen.

Und mein Apell aus dem letzten Jahr hat auch heute noch Bestand, Bund und Land müssen endlich zu strukturellen Veränderungen kommen, um die Finanzierung der Kommunen auf sichere Füße zu stellen.

Meine Damen und Herren,

seit dem Mai 2010 haben wir eine neue Landesregierung. Eine sogenannte Minderheitsregierung.

Eine Regierung, die letztendlich keine eigene Mehrheit hat, und immer wieder mit der Androhung von Neuwahlen versucht, Mehrheiten zu bekommen. Eine solche Regierung ist nicht handlungsfähig, ja letztendlich erpressbar.

Was dabei herauskommt, sehen wir in Sachen Nachtragshaushalt 2010 und Landeshaushalt 2011.

Deutlich wird dies auch bei wichtigen Reformvorhaben, die am Parlament vorbei durch sog. Modellversuche und Erprobungsphasen, z.B. in Sachen Gemeinschaftsschule, auf den Weg gebracht werden, weil man sonst befürchten müsste, keine Mehrheiten zu bekommen.

Diese Form der Politik steht im krassen Widerspruch zu dem, was die Landesregierung und die Parteien SPD und Grüne propagieren: die Menschen mehr

an Entscheidungen durch Bürgerentscheide zu beteiligen. Man beteiligt noch nicht einmal die gewählten Volksvertreter.

Wer so handelt, ist alles andere als glaubwürdig, meine Damen und Herren.

Im Bereich der Finanzen ist dies nicht anders. Was wurde uns hier nicht schon alles versprochen.

Ich zitiere aus dem Eildienst 10/2010 des Landkreistages NRW, S.344:

„Die Landesregierung wird insbesondere – trotz der auch für das Land schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen – an der Seite der Kommunen stehen und mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ für eine spürbare Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung sorgen und die Kommunen wieder handlungsfähig machen.“

So hat die Landesregierung 300. Mio. Euro an die Kommunen ausgeschüttet. Es wurde ein Nachtragshaushalt mit einer unglaublichen Neuverschuldung auf den Weg gebracht, obwohl man scheinbar nicht die leiseste Ahnung davon hatte, wie viel Geld denn wirklich in der Kasse ist.

Und so „findet“ der Finanzminister einfach so 1,3 Milliarden Euro.

Ich stelle mir vor, was hier los wäre, wenn Herr Schöpgens uns verkünden würde, er hätte mal eben, sagen wir, 50 Millionen Euro gefunden.

Eine solche Landesregierung kann kein verlässlicher Partner für Kreise, Städte und Gemeinden sein.

Aber sehen wir uns die Auswirkungen der Politik dieser Landesregierung auf unseren Haushalt und den der Städte und Gemeinden im Einzelnen an.

Grundlage für die Aufstellung des Kreishaushalts war ein Runderlass des Innenministeriums NRW vom 03.11.2010, der dem Kämmerer entsprechende Orientierungsdaten an die Hand gab.

Am 21.12.2010 hat der Landrat den Haushaltsentwurf für 2011 eingebracht.

Die wichtigste Zahl für unsere Städte und Gemeinden ist die Höhe der Kreisumlage. Sie beträgt für das Jahr 2011 114,9 Mio. Euro. Damit haben wir letztendlich einen Wert erreicht, der etwas unter der Umlage des Vorjahres liegt. Dies bedeutet, dass alle Städte und Gemeinden weniger Kreisumlage zahlen als 2010. Allerdings möchte ich nicht verschweigen, dass dies nur durch die Entnahme von 3.8 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage möglich wird.

Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Kreispolitik für Kontinuität und Verlässlichkeit gegenüber den Städten und Gemeinden steht.

Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir den Städten und Gemeinden mit dieser Maßnahme nur zu einem geringen Prozentsatz in der jetzt schwierigen Situation wirklich helfen können.

Herr Schöpgens hat in den Beratungen zum Haushalt darauf hingewiesen, dass gewaltige Summen notwendig wären, um zu verhindern, dass Städte und Gemeinden nicht ins Haushaltssicherungskonzept kommen. Für die Stadt Geilenkirchen würde dies bedeuten, dass wir die allgemeine Kreisumlage auf 48 Mio. Euro senken müssten.

Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich wie schwierig die Finanzsituation in den Städten und Gemeinden ist.

Es verdeutlicht aber auch, dass wir uns nicht der Illusion hingeben sollten, der Kreis könne die Städte und Gemeinden retten.

Allerdings bin ich mir sicher, dass diese Situation noch dramatischere Ausmaße angenommen hätte, wenn nicht über Jahre eine so seriöse und weitsichtige Politik in Kreis, Städten und Gemeinden betrieben worden wäre.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das kommunalfreundliche Handeln des Kreises hinweisen. Alleine im vergangenen Jahr haben die Kommunen zusätzlich 5,5 Mio. Euro erhalten.

Meine Damen und Herren,

unsere Kreispolitik zeichnet sich durch Verlässlichkeit aus. Wir machen keine vollmundigen Ankündigungen, die wir wenig später wieder zurücknehmen müssen.

Mit dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 wird deutlich, wie weit Anspruch und Realität auseinander liegen.

Die Landesregierung hat eine Aktualisierung der Datengrundlage für das GFG 2011 vorgenommen mit fatalen Folgen vor allem für die Kreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Diese Änderungen führen bei 66% der Kommunen in NRW zu massiven Kürzungen. Bei den kreisangehörigen Kommunen sind dies insgesamt 133 Mio. Euro.

Und im Kreis Heinsberg betrifft dies jede Stadt und Gemeinde, es handelt sich um insgesamt 16 Mio. Euro, die den Städten und Gemeinden fehlen.

Und selbst der Innenminister des Landes räumt in einem Schreiben an die Bürgermeister und Landräte ein, dass die Entscheidung über die Aktualisierung der Grunddaten sehr spät gefallen sei. Und wir können der Landesregierung auch noch dankbar sein für Ihre Großherzigkeit, dass sie die Gewichtung z.B. des Soziallastenansatzes nur um den Faktor 3,9 auf 9,6 und nicht auch 15,3 erhöht hat.

Diese Landesregierung handelt grob fahrlässig, obwohl sie weiß, dass die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise aufgestellt oder gar schon verabschiedet sind, sie drückt Veränderungen durch, die zu großen Verwerfungen in den Haushalten der Kommunen führen.

Als sie sich vor kurzem mit dem Innenminister des Landes über die finanzielle Situation der Kommunen unterhalten haben, hätte ich mir an dieser Stelle von Ihnen, meine Damen und Herren aus der SPD und Bündnis90/Die Grünen, zumindest einige kritische Anmerkungen zur Finanzpolitik des Landes gegenüber den Kommunen gewünscht.

Stattdessen kommen Sie zu solchen wegweisenden Ergebnissen wie: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos“.

Wenn man was ändern will, sollte man nicht nach dem Spruch vorgehen: „Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen“.

Wer so handelt, gibt sein Geld nur für Zinsen aber nicht für zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahmen aus. Und der so gerne zitierte Begriff von der „Nachhaltigkeit“, den sehe ich nur bei der Steigerung der Schulden.

Meine Damen und Herren,

Kreis, Städte und Gemeinden haben hart gearbeitet und über Jahrzehnte eine gute und verlässliche Politik für ihre Bürger gemacht und nun werden Sie dafür bestraft.

Wenn Sie mich fragen, wird hier Klientelpolitik betrieben.

Große Städte im Ruhrgebiet, die schon vor zehn Jahren und mehr mit einer fehlerhaften Politik das Geld zum Fenster hinausgeworfen haben, werden heute durch diese Landesregierung für ihr Fehlverhalten belohnt.

Gerne wird an dieser Stelle immer wieder vom schwierigen Strukturwandel gesprochen, den diese Städte bewältigen mussten. Dies gilt für den Kreis Heinsberg genauso.

Unsere Kommunen haben dies mit Herz und Verstand geschafft, ohne sich in finanzielle Abenteuer zu stürzen.

Zu diesem Ergebnis kommt übrigens auch der IHK Pendleratlas, der davon spricht, dass der Strukturwandel größtenteils kompensiert wurde. (vgl. HZ. 18.02.11 S.18)

Vielleicht sollten Sie ihren Parteifreunden in Düsseldorf das einmal nahe bringen.

Meine Damen und Herrn,

nach so vielen negativen Nachrichten und den unmittelbaren Auswirkungen der Politik der Landesregierung auf unseren Kreis, gibt es auch Entwicklungen, die unseren Kreishaushalt positiv beeinflussen.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist verantwortlich dafür, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung im Haushalt für 2011 mit ca. 1.7 Mio. Euro weniger veranschlagt werden können. Der Aufwand fällt von 36.7 Mio. auf 35 Mio. Euro. Erfreulich ist, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass der Erstattungsansatz des Bundes von 23% auf 24,5% steigt, was für den Kreishaushalt eine Verbesserung von 130 T Euro darstellt.

Gleichwohl bleibt unsere Forderung an den Bund unverändert bestehen, diese Lasten zu übernehmen, da bei der Einführung von Hartz IV den Kommunen eine Entlastung von 2,5 Mrd. Euro versprochen wurde. Dieses Versprechen ist bis heute nicht eingelöst.

Insgesamt wird im Bereich des Sozialen mit einer Entlastung von ca. 2 Mio. Euro in diesem Jahr gerechnet.

In diesem Zusammenhang ist die Ankündigung von Finanzminister Schäuble, dass der Bund die kompletten Kosten für die Grundsicherung im Alter übernehmen will, ein ausgezeichnetes Angebot, das man möglichst schnell annehmen sollte. Für den Kreis würde dies eine Entlastung von ca. 9 Mio. Euro bedeuten.

Hoffen wir, dass es in Sachen Hartz IV Regelsätze zu einer Einigung im Vermittlungsausschuss zwischen Bundesregierung und Opposition und Ländern kommt, der diese Kostenübernahme beinhaltet.

Meine Damen und Herren,

die demographische Entwicklung in unserem Land zeigt sehr deutlich, dass wir uns noch intensiver darum kümmern müssen, dass jedes Kind die optimale Förderung und Ausbildung erhalten muss.

Aber auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, müssen wir weiter vorankommen, damit sich junge Paare für Kinder entscheiden. Ein wichtiges Kriterium hierfür ist sicherlich die Gewissheit, dass für die Kinder, wenn es notwendig ist, schon im frühesten Alter eine Betreuung zur Verfügung steht.

Auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung und des Kinderförderungsgesetzes soll ab dem Jahr 2013 der Rechtsanspruch für Kinder im Alter von 1-3 Jahren gewährleistet sein.

Dies würde einer Versorgungsquote von 35% entsprechen. Unser Ziel im Kreis war es, diese Versorgungsquote schon im Kindergartenjahr 2012/13 zu erreichen.

Da im Laufe des Jahres 2010 keine Mittel mehr durch das Land für den Ausbau der U3-Betreuung bewilligt wurden, gerät unser ambitioniertes Ziel ins Stocken.

Wir im Kreis haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die entsprechenden Anträge liegen dem Landesjugendamt seit Monaten vor. Und nun warten wir auf die

entsprechenden Bewilligungen, um die Investitionen für den Ausbau der U3 Betreuung tätigen zu können.

Leider werden wir aufgrund der zögerlichen Bewilligung den ehrgeizigen Plan, ein Jahr früher als die gesetzliche Vorgabe dies vorsieht, die Quote von 35 % zu erreichen, nicht schaffen. Dennoch gilt es festzuhalten, dass wir im Zuständigkeitsbereich des Kreises zurzeit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben liegen. Und wenn die entsprechenden Mittel fließen, kann die Betreuungsquote von 35% auch zum 01.08.2013 erreicht werden. Im Sommer dieses Jahres werden wir voraussichtlich eine Quote von 23,1% erreichen.

Was die Mittel für das Kibiz betrifft, hören wir aus Düsseldorf vollmundige Ankündigungen.

Wer von Generalrevision spricht und davon, dass man das Personal in den Kitas massiv aufstockt, der sollte auch sagen, woher er das Geld nimmt.

Es hört sich gut an, wenn man das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellt. Auf die Diskussion der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme möchte ich an dieser Stelle verzichten. Aber es sollte uns doch zu denken geben, dass die Kinder, die von dieser Maßnahme profitieren, mit großer Wahrscheinlichkeit die daraus entstandenen Schulden dann als Erwachsene abzahlen müssen. Wenn dies so zutrifft, dann ist dies alles andere als eine nachhaltige Politik.

Das sieht übrigens das Landesverfassungsgericht nicht anderes. Und mahnt zur Einhaltung der „Generationengerechtigkeit“ auch in der Finanzpolitik an.

Meine Damen und Herren,

Finanzen! Das ist ein gutes Stichwort, schauen wir auf die Entwicklungen im Kreis.

Das Konjunkturpaket II hat uns in die Lage versetzt, viele notwendige Investitionen vor allem im Bereich „Infrastruktur“ vornehmen zu können. Es handelt sich immerhin um ein Volumen von ca. 5,7 Mio. Euro. Diese Maßnahmen konnten ohne Belastung für den Kreishaushalt verwirklicht werden.

Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich Kreditaufnahme für die Jahre 2009 und 2010. Aufgrund der guten Jahresergebnisse können wir für diese Jahre damit rechnen, dass eine Aufnahme von Krediten nicht erforderlich sein wird.

Somit müssen wir die geplanten Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage nicht tätigen.

Im Haushalt 2011 sind Investitionen von über 11 Mio. Euro vorgesehen.

Alleine der Neubau der EK 5 Ortsumgehung Haaren-Heinsberg schlägt mit Investitionskosten von 10 Mio. Euro zu Buche.

Diese hohen Investitionen müssen durch Kreditaufnahmen von mehr als 8 Mio. Euro finanziert werden. Dadurch wird sich der Schuldenstand auf ca. 21,9 Mio. Euro erhöhen.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist aber weiterhin davon überzeugt, dass der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung dafür ist, dass sich auch in Zukunft Gewerbetriebe im Kreis Heinsberg ansiedeln und somit neue Arbeitsplätze entstehen.

Meine Damen und Herren,

die voraussichtlich guten Jahresergebnisse 2009 und 2010 können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir Mittel und Wege finden müssen, um die finanzielle Situation nachhaltig zu verbessern. Auch wenn Bund und Land ihre Aufgaben dahingehend lösen und dem Konnexitätsprinzip entsprechend für die Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden, zahlen, müssen auch wir unsere Hausaufgaben machen.

Im Bereich der Pensionsverpflichtungen sind im Haushalt 2011 1,3 Mio. Euro ausgewiesen. Insofern sehen wir hier unsere Forderungen aus dem Vorjahr erfüllt.

Beim Thema Verschuldung haben wir gesehen, dass diese im Jahr 2011 stark ansteigen wird, sofern alle Maßnahmen entsprechend ausgeführt werden, und keine Verbesserungen eintreten.

An dieser Stelle wiederhole ich gerne noch einmal die von mir gemachten Aussagen in Bezug auf die Möglichkeit, die Schulden langfristig zu senken. Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrer Auffassung, dass das Abschreibungsvolumen des Kreises Spielräume bietet, die Verschuldung zurückzuführen. Wir streben auch weiterhin an, diesen Liquiditätsüberschuss neben den notwendigen Investitionen zu einem nennenswerten Anteil für die Schuldentilgung zu nutzen.

Neben den genannten Maßnahmen sind wir davon überzeugt, dass Einsparungen auch durch strukturelle Veränderungen im Haus erreicht werden können.

Es gilt durch Neu- bzw. Umorganisation von Aufgaben, Abläufe zu verändern.

Dies ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen möglich ist, der aber, wenn er langfristig und konsequent umgesetzt wird, zu einem deutlichen Einsparungspotential führen kann.

Zurzeit wird eine Prüfung durch die GPA im Hause durchgeführt. Die KGSt wird auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses der GPA ein Angebot für eine Stärken- und Schwächenanalyse machen, um dann ein entsprechendes Konzept für eventuelle Veränderungen entwickeln zu können.

Auch hier sind wir also auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren,

ÖPNV und SPNV

Endlich kann es losgehen in Sachen Eisenbahnlinie Heinsberg – Lindern. Nach langen Verhandlungen mit der DB konnte man sich auf ein Vertragswerk einigen, das dem Kreis und einigen Kommunen zwar eine finanzielle Mehrbelastung auferlegt, aber, ich bin mir sicher, dieses Geld ist zukunftsweisend angelegt.

In einem weiteren Schritt gilt es nun Sorge zu tragen, dass die Schienenanbindung nach Linnich vorangetrieben wird. Da, wo der Kreis Heinsberg unterstützend tätig sein kann, sollte dies geschehen.

Somit würde letztendlich die Verbindung Heinsberg-Lindern an Attraktivität gewinnen und eine Verbindung vom Kreis Heinsberg nach Düren entstehen.

Die CDU-Fraktion hat hierzu in den vergangenen Tagen einen entsprechenden Antrag an den Fachausschuss gestellt.

(Dies nur als Hinweis: Dies ist geschehen, bevor die Empfehlung der IHK in der Heinsberger Zeitung zu lesen war.)

Die Entwicklung im ÖPNV ist sehr erfreulich. Bei der Kostenentwicklung wurden im Jahr 2010 noch 5,3 Mio. Euro veranschlagt, für 2011 sind nur noch 4,4 Mio. Euro an Verlusten eingeplant.

Der Multibus ist zu einem Erfolgsmodell geworden, um den uns viele andere Kreise beneiden. Allerdings müssen dringend die bestehenden Defizite abgestellt werden.

Der Fahrgastverband Pro Bahn mahnt Optimierungsbedarf vor allem im Bereich der Sicherstellung von Fahrtwünschen und in der Zuverlässigkeit bei den vereinbarten Fahrzeiten an.

Wenn auch beim Betrieb des Multibusses ein Minus von gut 130.000 Euro zu verzeichnen ist, lehnen wir eine Erhöhung des Fahrpreises durch einen Komfortzuschlag ab.

Wichtig ist in der jetzigen Phase, die Akzeptanz und den Bekanntheitsgrad des Multibusses noch weiter zu steigern.

Wir sind vom Multibuskonzept überzeugt und sehen noch steigerungsfähige Potenziale.

Meine Damen und Herren,

wir haben im vergangenen Jahr, wenn sie so wollen, bis heute wichtige Entscheidungen für die Menschen im Kreis Heinsberg getroffen.

Am 23.09.2010 haben wir mit einer zweidrittel Mehrheit beschlossen, dass der Kreis einen Antrag auf Zulassung als alleiniger Träger nach §6a SGB II beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW stellt.

Die Hausaufgaben für eine erfolgreiche Bewerbung wurden im Kreishaus mit viel Engagement und Sachverstand erledigt. Im März / April wird mit einer Entscheidung des Landes gerechnet.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Frau Machat und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken. Die Politik war über alle anstehenden Schritte gut informiert.

Herzlichen Dank!

Ein weiteres wichtiges Thema war die Kommunalisierung des Rettungsdienstes. Mit der heutigen Entscheidung, in welcher Betriebsform der Rettungsdienst geführt werden soll, geht es nun in die Phase der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung.

Die CDU Kreistagsfraktion ist davon überzeugt, dass mit der Kommunalisierung auch zukünftig ein qualifizierter und verlässlicher Rettungsdienst für die Menschen im Kreis zur Verfügung steht und dem Personal eine langfristige Perspektive eröffnet wird.

Auch hier möchten wir uns bei der Verwaltung, im Besonderen bei Herr Schöpgens, bedanken. Die Informationen waren umfangreich und die Gespräche mit dem Gutachter sachlich und informativ.

Die Aufgaben, die in diesem Jahr zur Entscheidung stehen, sind von nicht geringer Bedeutung.

Neben dem schon genannten Gutachten im Bereich Controlling/ Stärken- und Schwächenanalyse wird uns der Schulentwicklungsplan sicherlich auch in diesem Jahr weiterhin beschäftigen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat, wie Sie ja aus der Presse erfahren konnten, Gespräche mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden und den zuständigen Sprechern der Fachausschüsse aus den Stadt- und Gemeinderäten geführt.

Nach unserer Auffassung ist es weiterhin notwendig, den „Runden Tisch“ als Gremium in regelmäßigen Abständen einzuberufen, um den Gedankenaustausch zu fördern und etwaige Entscheidungen miteinander zu diskutieren und transparent zu machen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Frage nach der Armut – Kinderarmut im Kreis Heinsberg. Wie uns ja in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mitgeteilt wurde, wird das hierzu in Auftrag gegebene Gutachten vor den Sommerferien vorliegen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass wir der Auffassung sind, dass dieses Thema nicht dazu geeignet ist, parteipolitische Vorteile zu ziehen. Es sollten alle Kräfte und der gesamte Sachverstand im Hause und in den Fraktionen genutzt werden, um eine vernünftige Analyse und ein etwaiges Handlungskonzept vorlegen zu können.

Meine Damen und Herren,

ich möchte den Bogen noch einmal zum Anfang meiner Rede spannen. Hier habe ich das Gebaren der Landesregierung in Sachen Nachtragshaushalt 2010, den Haushalt 2011 und dem damit verbundenen Gemeindefinanzierungsgesetz kritisiert.

Wie schwierig es ist, verlässliche Zahlen zu erhalten, zeigt die Tatsache, dass zwei Tage nach der Haushaltseinbringung am 23.12.2010 eine erste Modellrechnung als Fax ins Kreishaus flatterte. Diese Modellrechnung geht von geänderten Umlagegrundlagen, weniger Schlüsselzuweisungen und höheren Abgaben an den Landschaftsverband aus. In den vergangenen Jahren, so habe ich mir sagen lassen, lag die 1. Modellrechnung im August/September vor und nicht erst einen Tag vor Heiligabend. Viele Städte und Gemeinden hatten den Haushalt zu dieser Zeit wie auch der Kreis schon aufgestellt oder gar verabschiedet und ich halte es für richtig, dass wir heute den Kreishaushalt auf den Weg bringen, zumal in diesen Tagen das Landesverfassungsgericht erst einmal über die Rechtmäßigkeit des Nachtragshaushaltes 2010 der Rot-Grünen Landesregierung berät und entscheidet.

Wirklich verlässliche Zahlen wird es wohl erst im Mai oder Juni geben.

Solange können wir beim besten Willen nicht warten.

Wir vertrauen gerade in diesen Tagen den Zahlen des Kämmerers mehr als den Modellrechnungen der Landesregierung und stimmen dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu.

Meine Damen und Herren,

an dieser Stelle möchte ich mich im Namen der CDU-Kreistagsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit und insbesondere bei Herrn Schöpgens und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns bei den Beratungen des Haushaltes mit gewohnter Fachkompetenz zur Seite gestanden haben, bedanken.

Danken möchte ich aber auch allen Kolleginnen und Kollegen in den übrigen Fraktionen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass auch im Jahre 2011 unsere Arbeit zum Wohle der Menschen im Kreis Heinsberg Früchte trägt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!